

Für einen Liberalismus ohne Adjektive

«Liberal» sind wir alle - irgendwie. Man könnte meinen: Wir leben in einer Gesellschaft, in der die Illiberalen ausgestorben sind. Ein Wort, das alle für sich beanspruchen, hat jedoch seine Bedeutung verloren.

von René Scheu

Wagt man unter Freunden, der verlorenen Bedeutung von «Liberalität» auf den Grund zu gehen, riskiert man hitzige Diskussionen – ausser man gibt sich mit der immergleichen Antwort zufrieden: Es gelte zwischen gesellschafts- und wirtschaftsliberalen Ansichten zu unterscheiden. Dabei sind die Präferenzen klar verteilt. Wer für die Legalisierung des Kiffens votiert, gibt sich tolerant und aufgeschlossen. Wer für offene Märkte einsteht, gilt hingegen als herzloser Wirtschaftsmensch. Die Unterscheidung zwischen zwei Ausprägungen des Liberalismus ist zweifellos bequem. Aber sie ist sachlich und ideengeschichtlich unpräzise - um nicht zu sagen: falsch. Was alle liberalen Vordenker von John Locke über John Stuart Mill und Montesquieu bis zu Friedrich August von Hayek, Ralf Dahrendorf und Anthony de Jasay verbindet, ist die Überzeugung, dass Freiheit unteilbar ist. Wer gesellschaftsliberale Anliegen vertritt, ohne ihre wirtschaftlichen Implikationen zu bedenken, ist nicht liberal, sondern bloss verantwortungslos.

Dessen ungeachtet beherrscht die abstrakte Unterscheidung zwischen Gesellschafts- und Wirtschaftsliberalismus heute den öffentlichen Diskurs bis weit hinein in die Parteien. Das ist symptomatisch - und das mentale Resultat einer Wahrnehmungsverzerrung, die sich aufgrund langjähriger Einübung in unseren Wohlstandsgesellschaften etabliert hat. John Kenneth Galbraith sprach bereits 1958 treffend von der «affluent society». Damit meinte er jene «Gesellschaft im Überfluss», die sich den Grund ihres materiellen Reichtums und die daraus erwachsenden gesellschaftlichen Freiheiten nicht mehr erklären kann.

Der Beitrag durch harte Arbeit - also durch Verzicht und freiwilliges produktives Engagement - des Einzelnen zum Wohle aller ist in Überfluggesellschaften kein Thema mehr. Für sie gilt: Über Geld redet man nicht, Geld hat man. Folgerichtig dominieren Umverteilungsfragen und Besteuerungsideen, und zwar in allen sozialen Schichten. Der verwöhnte Zeitgenosse zeichnet sich durch eine besondere Interpretationsleistung aus: Er deutet die Fülle dessen, was er hat, in ein Entbehren dessen um, was er (noch) nicht hat. Peter Sloterdijk hat beschrieben, wie in der Überfluggesellschaft Mangel-Optiken erfolgreich benutzt werden, um sich selbst zu beobachten. Konzepte wie die «relative Armut» erlauben, im Widerspruch zu allen längerfristig orientierten Statistiken eine angeblich wachsende materielle Not zu beklagen. Je reicher eine Gesellschaft absolut ist, desto grösser wird aus dieser Sicht zugleich die Armut. Je grösser der faktische Wohlstand, desto geringer die gefühlte Wohlfahrt.

Vergessen geht in dieser Selbsttäuschung durch die Mangel-Optik, dass der Wohlstandsraum auch wieder schrumpfen kann - und er befindet sich in den Überfluggesellschaften, wenn nicht alles täuscht, gerade in einem Schrumpfungsprozess. Die verwöhnten Bürger finden sich wider Erwarten nicht im paradiesischen Zeitalter der Posthistoire wieder, in dem Arbeit bloss eine der zahlreichen Optionen zur Selbstverwirklichung darstellt. Sie erleben vielmehr, wie die Geschichte und der Appell des persönlichen Engagements mit aller Wucht in den Wohlstandsraum einbrechen.

Der Verdacht kommt auf, dass der Raum bereits seit Jahren auf dem luftigen Grund von Schulden und unerfüllbaren Versprechungen gebaut ist. Der verwöhnte Mensch reagiert nach dem Muster, das er sich erfolgreich antrainiert hat: mit Verkennung der Lage. Er weigert sich, zu sehen, dass nun Arbeit und Verzicht angesagt sind, und will stattdessen seine Privilegien sichern: garantiertes Einkommen, Rendite ohne Risiko, soziale Sicherheit zum Nulltarif, kurz, ein Leben auf Kosten anderer und künftiger Menschen.

Im Zuge dieser Verdrängung muten die öffentlichen Debatten über Sozialismus und Kapitalismus schräg, um nicht zu sagen: surreal an. Während die «Sozialisten» eine «Überwindung des Kapitalismus» fordern, ohne zu wissen, was genau sie wollen, verteidigen die «Kapitalisten» vehement den Status quo. Eine andere Fraktion, zu der Jan-Werner Müller zählt (NZZ 20. 10. 11), fordert einen dritten Weg, der je nach Kontext unterschiedliche Namen trägt, in Müllers Fall jenen des «Sozialliberalismus». Hatten wir diese Debatten nicht schon? Ist inzwischen nicht klargeworden, dass soziale Verwöhnungssysteme die Menschen nicht sozialer, sondern weniger sozial machen? Was es braucht, sind unverbrauchte Denker mit einem scharfen Blick auf die real existierende Ordnung. Es gibt sie, allein: Ihre alternativen Deutungen werden kaum gehört. Nassim Taleb sagte jüngst: «Wir leben nicht im Kapitalismus, wir leben nicht im Sozialismus, wir leben in einer unheimlichen Mischung aus beidem.» Und Sloterdijk bemüht sich bereits seit Jahren, die herrschende Ordnung der Dinge genau zu beschreiben - mit bescheidener Reichweite.

Leider. Denn seine Definition der Ordnung, die zu unserer zweiten Natur geworden ist, scheint mir bis jetzt unübertroffen präzise: Wir leben in einem «massenmedial animierten, steuerstaatlich zugreifenden Semi-Sozialismus auf eigentumswirtschaftlicher Grundlage».

Die meisten Zeitgenossen halten derweil an den Versprechungen und Verkennungen fest, die ihnen Medien und Politik weiterhin servieren. Der Liberalismus könnte helfen, freiwillig und frühzeitig aus einer mentalen Verbarrikadierung im Wohlstandsraum auszubrechen. Dafür brauchte es freilich den Mut, sich von faktischen Verwöhnungen und verbalen Verschleierungen zu verabschieden. Das Prinzip der Freiwilligkeit - in Gesellschaft und Wirtschaft - wäre neu zu entdecken. Am Anfang eines neuen gesellschaftlichen Aufbruchs kann eigentlich nur die Freude an der ungeteilten Freiheit stehen.

René Scheu ist Philosoph und Herausgeber des «Schweizer Monats», der Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur.